

Horst Kahrs (1986)

## **Grundzüge der Erwerbslosenpolitik der KPD 1918-1933**

*Die parteioffiziellen Positionen der KPD zur Erwerbslosenpolitik und zur Erwerbslosenfrage vor dem jeweiligen Hintergrund der Einschätzungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Entwicklungstendenzen*

Die Darstellung versucht, drei Fragestellungen gerecht zu werden:

1. Wie interpretiert die KPD die Lage der Erwerbslosen?
2. Wofür versucht die KPD Erwerbslose zu gewinnen?
3. Welchen Stellenwert hat die Erwerbslosenpolitik im Rahmen der Gesamtstrategie der KPD?

Weiterhin werden die betrachteten 15 Jahren grob in drei Hauptphasen unterteilt, die sich mit einigem Recht voneinander abgrenzen lassen, weil sie jeweils Umorientierungen der gesamten KPD-Strategie markieren:

- I. Der "Kampf um die Arbeiterkontrolle" 1918-1923
- II. Die "Relative Stabilisierung des Kapitalismus" 1924-1928
- III. "Klasse gegen Klasse" 1928-1933

Den drei Perioden gemeinsam ist das Bemühen der KPD, eine der jeweiligen strategischen Einschätzung angemessene Verbindung zwischen zwei - in der Literatur oftmals sich gegenüberstehend und ausschließend behaupteten - Polen herzustellen, nämlich einerseits der Organisierung und Mobilisierung von Erwerbslosen für den revolutionären Umsturz der die Erwerbslosigkeit systematisch hervorbringenden kapitalistischen Verhältnisse und andererseits der Durchsetzung materieller Verbesserungen in und auf der Grundlage dieser Verhältnisse. Bevor leichtfertig geurteilt wird, daß die KPD lediglich die materielle Not der Erwerbslosen für ihr Politik bzw. die der Komintern instrumentalisiert und ausgenutzt habe, weil es ihr gar nicht um konkrete Verbesserungen gegangen sei, wäre zudem die Frage zu beantworten, ob und welche objektiven Alternativen hierzu es unter den bestehenden Verhältnissen und gesellschaftlichen Kräftekonstellationen noch gegeben hätte, die sich von dem nazistisch-keynesianischen Gesellschaftsprojekt unterschieden hätten.

### ***I. Der "Kampf um die Arbeiterkontrolle" 1918-23***

Die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft, Demobilmachung, Kapitalflucht, Schleichhandel, Inflationstreiberei usw., der Gegenangriff auf die Errungenschaften der Novemberrevolution 1918, geführt von den schwerindustriellen Fraktionen des deutschen Kapitals, schließlich die allgemeinen und politischen Folgen und Wendungen eines verlorenen Griffs zu imperialistischer Vorherrschaft führten zu einer unmittelbaren Bedrohung und Senkung des Lebensstandards der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit schwankte in kürzesten Zeiträumen extrem; gleichzeitig war der Staat mit der Weimarer Verfassung für den Unterhalt der Erwerbslosen im besonderen und für die Regulation der sozialen Lebensverhältnisse und Beziehungen im allgemeinen "verantwortlich".

Die Politik der KPD war in dieser Periode, soweit überhaupt eine Verallgemeinerung der oftmals hin- und herschwankenden Positionen möglich ist, vom Kampf um den Erhalt und den Ausbau der Arbeiterkontrolle geprägt, der seine entwickeltste Form in der Aufstandspolitik fand (Kapp-Putsch, Mitteldeutschland, Hamburg). Unter den Begriff "Arbeiterkontrolle" wurden sowohl die Sicherung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse (Lebensmittelversorgung, Wohnungen, Arbeit) als auch die revolutionäre Umgestaltung und die Vollendung der 1918er Revolution zusammengefaßt. Er meinte die gesamte Gesellschaft wie die Versorgung in einzelnen Städten bzw. mit bestimmten Gegenständen und Ressourcen. Der strategische Schwerpunkt der Parteiarbeit wurde auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gelegt, die Erwerbslosenpolitik fand darin einen Platz, insofern "der Kampf um die

Erhaltung der Arbeiterexistenz ein politischer Machtkampf ist und nur als solcher siegreich sein kann" (Resolution zur Arbeitslosenfrage des Vereinigungsparteitages 1920).

In Zeiten und an Orten hoher Arbeitslosigkeit wurden Erwerbslosenräte gebildet, deren Bestand ähnlich wie der der Arbeitslosigkeit in der Regel von kurzer Dauer ist; die Erwerbslosen wurden einmal als "Sturmtrupp" einer neuen Revolution, dann wieder als mögliche Gefahr für die Kämpfe beschäftigter Arbeiter angesprochen.

Gleichzeitig wurden in dieser Phase die wesentlichen Elemente und Positionen für die gesamte Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik entwickelt. Diese die einzelnen Phasen übergreifenden inhaltlichen Orientierungen waren:

- die staatliche Garantie eines vom Kapital zu finanzierenden und von den Erwerbslosen bzw. den Gewerkschaften zu kontrollierenden garantierten Existenzminimums für alle Erwerbslosen, Männer und Frauen, in Höhe des Arbeiterverdienstes<sup>1</sup>;
- Herabsetzung der Preise für Lebensmittel usw. bzw. die Versorgung der Arbeitslosen mit solchen unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen;
- schnellste Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch staatliche Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung (1919: Sechsstundentag).

Bereits zu dieser Zeit lehnte die KPD die Einführung einer Arbeitslosenversicherung strikt ab. In einem Rundschreiben der KPD-Zentrale vom 2.12.1919 mit Direktiven an die Organisationseinheiten heißt es unter dem Punkt 2, Arbeitslosenversicherung:

*"Es ist notwendig, daß unsere Organisationen eine energische Agitation entfalten gegen den Versuch der Regierung, die bisherige Arbeitslosenunterstützung zu ersetzen durch eine Arbeitslosenversicherung, deren Lasten auf die Schultern der Arbeitenden gelegt werden sollen, und dieses Gesetz zu verkoppeln mit der Aufhebung der Freizügigkeit und anderen Zwangsmitteln gegen Arbeitslose. Die Führung dieser Agitation übernehmen am besten die Organisationen der Arbeitslosen. Doch muß darauf geachtet werden, daß die Beschäftigten und die Arbeitslosen in den Aktionen zusammenwirken. Ein Flugblatt über die Arbeitslosenfrage ist in Vorbereitung."*

Diese Position gegen die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung durch Beiträge der beschäftigten Arbeiter wurde bis 1923 auch vom ADGB geteilt. Als im Oktober 1923 dann die Beitragspflicht verordnet wurde, orientierte die KPD auf die Abschaffung der Beitragsfinanzierung und einen staatlich garantierten Rechtsanspruch auf Unterstützung, während der ADGB fortan defensiv argumentierte, indem aus der jetzt bestehenden Beitragspflicht der Rechtsanspruch abgeleitet wurde: Wer Beiträge zahle, müsse auch einen Rechtsanspruch besitzen.

## **II. Die "Relative Stabilisierung des Kapitalismus" 1924-1928**

Nach der Niederlage der Arbeiterkämpfe und der Aufstandspolitik im Oktober 1923 setzte sich in der KPD allmählich, als Kampf der "Thälmann-Gruppe" gegen die "Fischer-Maslow-Gruppe", die Auffassung durch, "daß sich das Kräfteverhältnis der Klassen seit Oktober 1923 grundlegend verändert habe" (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung VIII, Berlin (DDR) 1968, S.25). Der 9.Parteitag in Offenburg (7.-10.4.1924) ging zwar noch von einem baldigen Zusammenbruch der Stabilisierungsphase aus, hielt jedoch bereits auch eine langsamere Entwicklung für möglich. Tagesforderungen wurden dement-

---

<sup>1</sup> Die im November 1918 reichsweit geschaffene, zunächst kommunal verwaltete Erwerbslosenfürsorge orientierte sich bei der Höhe der Unterstützungssätze an den von den Landesversicherungsanstalten festgesetzten Ortslöhnen. Weil dies zu einer Beeinträchtigung des "Arbeitswillens" führte, die geplanten Umsetzungen und Umschichtungen behinderte, wurde etwa ab 1920 damit begonnen, die Unterstützungssätze unter das Ortslohniveau zu senken, um den "Arbeitsanreiz" zu "erhöhen". Die ursprüngliche Regelung verdankte sich dem Gedanken, daß dem Arbeitslosen, wenn er nicht mit Arbeit versorgt werden könne, eine Sicherung seiner vorherigen Lebensverhältnisse zustehe. An diesem Gedanken hielt die KPD grundsätzlich fest.

sprechend noch eng mit dem Kampf um Arbeiterräte, politische Kontrolle, Bewaffnung usw. verknüpft (Geschichte a.a.O., S.27ff).

Der 10. Parteitag (12.-17.7.1925, Berlin) erhob endgültig die Einschätzung der kapitalistischen deutschen Entwicklung als eine Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zur gültigen Parteauffassung. Sich beziehend auf die Hochkonjunktur, wurden Möglichkeiten zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterklasse gesehen; gleichzeitig sich beziehend auf die Rationalisierung wurde von einer Verschärfung der Ausbeutung ausgegangen, die notwendig in die nächste Krise führe. Als deren Vorbote wurde die ab 1925/26 absehbare Herausbildung einer "ständigen Erwerbslosenarmee" betrachtet (Geschichte, a.a.O., S.64f, 80ff). Auf der 1. Parteikonferenz - dort wurde Thälmann zum Vorsitzenden gewählt - wurde die Schaffung eines linken Blocks aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gegen "Monopolkapital und militärische Reaktion" (auch innerhalb des ADGB) zur zentralen Aufgabe erklärt, damit die Tätigkeit der KPD in den Gewerkschaften zum "Schlüssel" der Parteistrategie.

Gleichzeitig wurde versucht, die Erwerbslosenarbeit kontinuierlicher zu gestalten, wobei auf den Zusammenhang der Erwerbslosenausschüsse mit den Gewerkschaften geachtet wurde. Ihren vielleicht größten massenwirksamen Erfolg fand diese Orientierung in dem Volksentscheid gegen die Fürstenentschädigung, dessen Popularität sich auch SPD und ADGB nicht entziehen konnten, und den die KPD mit der Durchführung eines ersten Reichserwerbslosentages am 13.3.1926 verband, an dem sich an 140 Orten etwa 230.000 Arbeitslose beteiligten (Geschichte a.a.O., S.116).

Am 1.u.2.12.1926 veranstaltete die KPD einen ersten Reichserwerbslosenkongreß mit 446 Delegierten aus 2850 Erwerbslosenausschüssen, an den sich ein Reichskongreß der Werktätigen anschloß (Geschichte a.a.O., S.126). Am 18.3.1927 wurde ein weiterer Reichserwerbslosentag durchgeführt, der sich auch gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung (Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, AVAVG, Okt.1927) richtete (Siegfried Bahne, Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik; in: Mommsen/Schulze (Hrsg), Vom Elend der Handarbeit, Stuttgart 1981); erstmals wurde eine gesonderte "Erwerbslosenzeitung" herausgegeben (ebd.) und schließlich ebenfalls noch 1927 die "Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen" (ARSO) als Zusammenschluß aller im sozialpolitischen Bereich arbeitenden KPD-Organisationen und sympathisierender Verbände mit einer eigenen Monatszeitschrift "Proletarische Sozialpolitik" gegründet. Bis Ende 1927 waren also eine Reihe von sozialpolitischen Organisationsstrukturen der KPD aufgebaut worden.

### **Zur Illustration der politischen Orientierung in dieser Phase einige Zitate:**

#### 1. "Westfälischer Kämpfer", 1.12.1925

*"Die KPD ist keine gewerkschaftliche Organisation, sie kann deshalb auch nicht als Organisation die Erwerbslosen führen. Es wäre falsch, durch sie eine besondere Erwerbslosenbewegung zu organisieren, die neben der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung laufen würde. Ihre Aufgabe ist, ihren ideologischen und organisatorischen Einfluß und ihre personellen Stützpunkte in der Gewerkschaft, den Kommunen, Reichs- und Länderparlamenten und in allen sonstigen Organen, die im Erwerbslosenkampf eine Rolle spielen, restlos zur Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen auszunutzen." (Zit.n. Beatrix Herlemann, 1977, S.91f)*

#### 2. Rundschreiben der zentralen Parteileitung an die Kommunal- und Landtagsfraktionen vom 7.12.1925, Auszug über das "Ziel der Erwerbslosenaktionen"

*"Dabei ist als leitender Gesichtspunkt im Auge zu behalten, daß die Erringung materieller Vorteile in der jetzigen Situation, auch wenn sie unseren Wünschen und Anträgen nicht in vollem Umfange entsprechen, wertvoller ist als die Aufstellung großer Programme und die Stellung rein agitatorischer Anträge, die auf dem Papier stehen bleiben. So müssen wir in den Stadtverordnetenfraktionen in den Fällen, wo die eigenen Anträge abgelehnt werden, den Anträgen der sozialdemokratischen Fraktionen zustimmen, wenn diese den Erwerbslosen*

*irgendwelche Vergünstigungen gewähren. Wo dies möglich ist, empfiehlt es sich mit den Gewerkschaften und der SPD zusammen gemeinsame Forderungen für die Erwerbslosen zu erheben, Forderungen, die in den Betrieben und Gewerkschaften diskutiert und in den Erwerbslosenversammlungen mit den Erwerbslosen durchgesprochen werden." (Zit.n.Herlemann S.94)*

Als diese Phase charakterisierende Grundzüge der KPD-Erwerbslosenpolitik lassen sich herausstellen:

- der Vorrang der Durchsetzung materieller Verbesserungen gegenüber "programmatischer" Erwerbslosenarbeit vor dem Hintergrund relativ stabiler und wirtschaftlich florierender Verhältnisse;
- der Aufbau einer kontinuierlichen sozialpolitischen Arbeit gegen den Abbau, für den Ausbau der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik;
- insgesamt also der Versuch, dem prosperierenden Kapitalismus so viel als möglich abzutrotzen und sich, auch auf theoretischer Ebene, einen angemessenen Begriff vom "Sozialstaat" als neuer Phase des Monopolkapitalismus (Unter dem Banner des Marxismus, 1927) zu verschaffen.

Als Interventionslinien auf der Ebene von Reich, Ländern und Gemeinden bildeten sich in der Erwerbslosenarbeit folgende Forderungsebenen heraus:

- Schaffung einer staatlichen Erwerbslosenfürsorge mit dem Prinzip der Selbstverwaltung durch die Empfänger;
- Abschaffung aller Prüfungen von Bedürftigkeit, Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit;
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Notstandsarbeiten, staatliche Investitionsprogramme)
- Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung (um 50%)
- Auszahlung der Unterstützung für alle Erwerbslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit;
- Abwehr der Erwerbslosenversicherung und des in ihr vorgesehenen Systems der Lohnklassenstaffelung für die Bemessung der Unterstützungshöhe.

Diese Forderungen gründeten sich zumindest in Teilen auf tatsächlichen Kämpfen von Erwerbslosen, etwa gegen die Pflichtarbeit (statt tariflich bezahlter Notstandsarbeit), Erhöhung der Unterstützungssätze u.a. In vielen Einzelpunkten wurden an vielen Orten Forderungen durchgesetzt. Auch die formale Gleichstellung arbeitsloser Männer und Frauen konnte wieder durchgesetzt werden. Jedoch am entscheidenden Punkt ihrer sozialpolitischen Orientierung, der egalitären Zusammenfassung der Sozialleistungen in einem allgemeinen System staatlicher "Fürsorge", erlitt sie mit der Verabschiedung des AVAVG eine entscheidende Niederlage.

In der Frage des AVAVG vollendete sich die sozialpolitische Spaltung der Arbeiterbewegung. ADGB-Führung und SPD feierten das Gesetz als ihren sozialpolitischen Sieg über die protektionistische Fraktion des Kapitals (Schwerindustrie, Bergbau - Ruhrgebiet), die bis 1925 dominiert hatte und dann wieder ab 1930 entscheidenden Einfluß ausübte. Das AVAVG war ein Produkt des Zusammenspiels der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit dem exportorientierten, kapitalintensiven und "dynamischen" Kapitalfraktionen (Maschinenbau, Elektro, Chemie), für die Löhne und Sozialabgaben hinsichtlich der Profitrate, die ohnehin bis zum Dreifachen über der der Schwerindustrie lag, von geringerer Bedeutung waren. Diese "Arbeit-Export-Koalition" (David Abraham, Klassenkompromiß und Wiederkehr der Klassenkonflikte in der Weimarer Republik, in: PROKLA 52, 1983, S.43) setzte, ähnlich wie die Bismarcksche Sozialpolitik, auf einen neuen internationalen Vorsprung des deutschen Kapitals in der und über die Sozialpolitik. Allgemein war sie mit einer Perspektive auf Ankurbelung des Massenkonsums verbunden (Erst im Boomjahr 1928 erreichte der Reallohn der gesamten Arbeiterklasse einschließlich der Arbeitslosen gerade das Niveau von 1913 - Abraham a.a.O., S.45); für die Sozialdemokratie verband sich mit dieser Politik die langfristige Perspektive der "Wirtschaftsdemokratie".

Für SPD und ADGB bedeutete das AVAVG also die Möglichkeit einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit einer Kapitalfraktion, den Vorweis eines entscheidenden sozialpolitischen Erfolges, auch zur Sicherung gegen den KPD-Einfluß, die Bestätigung ihres reformistischen, am Versicherungsgedanken orientierten sozialpolitischen Kurses und den Schutz vor negativen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Organisationsstärke und damit die Sicherung von Handlungsfähigkeit. Die Lohnklassenstaffelung im AVAVG hatte der ADGB übrigens erst 1926/27 endgültig akzeptiert; er verabschiedete sich damit von einer die gesamte Klasse umfassenden Sozialpolitik und orientierte sich, vergleicht man die Unterstützungshöhen vor und nach der AVAVG-Einführung, am männlichen, lohnarbeitenden Familienvater in Hochlohnindustrien. Gleichzeitig dürfte jedoch gerade die Verabschiedung des AVAVG einiges zum Wahlsieg der SPD 1928 und zum Wiedereintritt in die Regierungsgeschäfte beigetragen haben: die Arbeiterklasse will auf diesem Wege noch mehr herausholen.

Die KPD geriet angesichts dieser Entwicklung beinahe notwendig in die Rolle des Sprachrohrs der Verlierer dieser Politik. Sie schätzte das AVAVG als Niederlage für die Arbeiterbewegung in mehrfacher Hinsicht ein:

- Ausdehnung der Kontrolle des "Sozialstaates" über die Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse;
- Finanzierung der Leistungen durch die Arbeiterklasse selbst bei weitgehender Abkoppelung des Reichshaushaltes von den Kosten der der Arbeitslosigkeit;
- verschärfte Spaltung, Hierarchisierung und "Demoralisierung" der Arbeiterklasse durch das System der Lohnklassenstaffelung;
- Ausschluß bestimmter (z.B. unständiger ArbeiterInnen, Langzeitarbeitsloser) Arbeitergruppen aus der Versicherung;
- Zeitliche Befristung der Unterstützungsleistungen.

Ernst Thälmann am 20.1.1928 im Reichstag:

*"In der Frage der Erwerbslosen hat die Arbeiterklasse bis jetzt noch nicht richtig begriffen, was das Arbeitslosenversicherungsgesetz in seiner Auswirkung bedeutet, obwohl das in den letzten Monaten bereits deutlich in Erscheinung getreten ist. ... Je mehr die Arbeitslosigkeit wachsen wird, desto schwieriger wird auch die Durchführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes werden. Die Arbeiterklasse wird auch auf diesem Gebiet, ..., einsehen müssen, daß sie trotz ihrer Heranziehung zur Zahlung dieser Gelder in der Praxis so minimale Unterstützungen erhält, daß sie sie jetzt schon mit Entrüstung entgegen nimmt."*

### **III. "Klasse gegen Klasse" 1928-1933**

Der VI. Weltkongreß der Komintern (17.7.-1.9.1928 in Moskau) wird von bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite gerne als Beleg erstens für den politischen Schwenk der KPD nach "ultra-links" in den nachfolgenden Jahren und zweitens demzufolge auch als Beleg für eine von "Moskau" gesteuerte Politik der KPD, die damit an den Interessen der Erwerbslosen vorbeigehen mußte, angeführt. Diese Sichtweise soll hier weder weiterverfolgt noch kritisiert werden. Tatsächlich vermerkt auch die offizielle marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung der DDR das Datum des Weltkongresses als entscheidenden Einschnitt. Erstmals seien die Anzeichen einer Erschütterung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus analysiert und strategische Schlußfolgerungen daraus gezogen worden.

Mit einigem historischen Recht, zumal aus heutiger Sicht, setzte sich in den KPD-Analysen ab 1928/29 die Auffassung durch, daß das kapitalistische System in einer tiefgreifenden Krise stecke, einer Krise, die auf den Zusammenbruch des gesamten Systems zutriebe. Auf jeden Fall sei der Kapitalismus in dieser Krise gezwungen, seine Mehrwertproduzenten auszuhalten statt auszubeuten. Angesichts der historischen Entwicklung und des sozialistischen Vorbilds als realer Alternative zum Kapitalismus könne dieser "seine" Überflüssigen nicht schlicht selbst überlassen, andererseits sei er aber nicht in der Lage, die materiellen Kosten eines entsprechenden Sozialtats aufzubringen. Beides, sowohl die Tatsache, einen

großen Teil der Arbeitsbevölkerung aushalten zu müssen, als auch das zunehmende Unvermögen hierzu, entziehe dem kapitalistischen System jegliche historische Berechtigung. Vor dem Hintergrund von Rationalisierung und Krise erwartete die KPD einen hohen Prozentsatz an struktureller Arbeitslosigkeit (womit ein Unterschied zur Arbeitslosigkeit zu Beginn der zwanziger Jahre bezeichnet wurde). Den Arbeitslosen bleibe allein die Abschaffung des Kapitalismus und der Kommunismus als Hoffnung, an ihrer Arbeitslosigkeit etwas Wesentliches zu verändern. Notwendig folgte daraus dann, daß es die Aufgabe der Partei sei, die "revolutionäre Krise" zu organisieren: "Klasse gegen Klasse" ist durchgehende Parole dieser Jahre.

Im Dezember 1928 formuliert F.Bender in der Zeitschrift "Proletarische Sozialpolitik" (Nr.7, S.193-196):

Die ökonomischen Spielräume des Kapitals werden geringer, infolgedessen schlagen wirtschaftliche Kämpfe in politische Kämpfe um. Wegen des allgemeinen Rückgangs der "imperialistischen Sonderprofite" sei eine "verstärkte Mehrwertproduktion absolute Notwendigkeit", so daß "infolgedessen Angriffe der Arbeiter auf diese Bestrebungen des Kapitals Angriffe auf seine Existenz (sind), gegen die es sich mit allen Kräften wehrt, die es von selbst auf den politischen Boden verlegt" (S.194).

Die Differenz zur reformistischen Politik liege dann nicht mehr in der Radikalität der Forderungen oder des Auftretens auf sozialpolitischem Gebiet:

*"... es kann heute nicht mehr unsere Aufgabe sein, für die Einzelforderungen der Arbeiterklasse als solche zu kämpfen. Aus der objektiven Verknüpfung des Kampfes um die Tagesforderungen und des Kampfes um die Macht muß die Arbeiterklasse die subjektive Konsequenz ziehen: In der Erkenntnis, daß die Angriffe der Bourgeoisie auf die gesamte Lebenslage der Arbeiterklasse auf Grund der Entfaltung der kapitalistischen Widersprüche immer nachhaltiger werden, müssen wir unsere sozialpolitische Tätigkeit auch als ein Mittel zur Organisation der Revolution begreifen. ... Wir dürfen keine Illusionen erwecken, als ob sich auf irgendeinem Gebiete noch bedeutende Erfolge erzielen ließen. Die Organisation der Massen für die Revolution ist heute die unmittelbare Aufgabe. Deshalb bedeutet heute die Forderung einer proletarischen Sozialpolitik, den Massen auf diesem Teilgebiete die Notwendigkeit der Eroberung der Macht deutlich zu machen." (S.195)*

Im Gegensatz zur Einheitsfronttaktik in den voraus gegangenen Jahren ergab sich aus den neuen KPD-Einschätzungen nicht mehr die Herstellung eines einheitlichen Vorgehens mit SPD und ADGB als taktisch-strategisches Ziel, sondern die Herstellung einer "Einheitsfront von unten" (für die Revolution) gegen die (dann als sozialfaschistisch gekennzeichneten) Bürokratien und Führungen dieser Organisationen. Sozialpolitik wurde als Mittel zur Stützung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung begriffen, und somit auch als Hindernis für eine politische Strategie, die von der Einschätzung der Notwendigkeit und Möglichkeit, die Machtfrage zu stellen, ausging. Aus solchen, hier nur grob umrissenen KPD-Analysen speist sich vor allem heute, nach dem Wissen um den faschistischen Ausweg aus der Krise, die Denunziation der Erwerbslosenpolitik der KPD als bloße Instrumentalisierung, Funktionalisierung, Ausnutzung der materiellen Not der Erwerbslosen für etwas, was sie weder wollen noch ihnen etwas nützt. Unberücksichtigt bleibt dabei vor allem, ob und ggf. warum die KPD-Einschätzung abnehmender und gar nicht mehr vorhandener Verteilungsspielräume, denen sich der reformistische Erfolg des AVAVG ja verdankt hatte, falsch war.

Tatsächlich führte diese Einschätzung die KPD nicht dazu, die Angriffe von Kapital und Regierung auf die Sozialleistungen zu verkennen oder zu ignorieren. Trotz ihrer ablehnenden Haltung dem AVAVG gegenüber wurde die KPD ab Oktober 1929 (AVAVG-Novelle), verstärkt dann noch seit der Notverordnungspolitik ab Juni 1930, zur vehementesten Verteidigerin der AVAVG-Leistungen. Mehr noch: Im Herbst 1930 stellte die RGI den Kampf um die Sozialversicherung in den Mittelpunkt revolutionärer Gewerkschaftsarbeit; Ende Mai 1931 legte die KPD einen eigenen Arbeitsbeschaffungsplan vor.

Aus den Beschlüssen des 12. Parteitages der KPD, 9.-15. Juni 1929 in Berlin-Wedding:

*"Die Rolle der Erwerbslosen.*

*10. ... Die Unternehmer kämpfen für die Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung und für eine Verlängerung des Arbeitstages um zwei Stunden. Sie benutzen mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie die Arbeitsämter, um durch Androhung des Entzuges der Erwerbslosenunterstützung die Arbeitslosen zum Streikbruch zu zwingen. Die Durchführung dieses Planes würde jeden ökonomischen Kampf der Arbeiter ungeheuer gefährden. Der Kampf für die Interessen der Erwerbslosen, besonders aber für die Aufrechterhaltung der Erwerbslosenunterstützung und für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, ist eine der wichtigsten Aufgaben in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter."*

Die unzähligen Anträge der Erwerbslosenausschüsse zeigen ebenso, daß sich die KPD "vor Ort" um eine enge Verbindung mit der materiellen Lage der Erwerbslosen, und dies bedeutete zunehmend auch: des größten Teils ihrer Mitglieder, bemühte - ohne aus den Augen zu lassen, daß es eine befriedigende Lösung im kapitalistischen System nicht geben könne. Es ist nicht nachprüfbar, was an der Behauptung stimmt, solche tagespolitischen Forderungen seien zu reinen Agitationszwecken, im Wissen ihrer Unerfüllbarkeit gestellt worden. Hauptsächlich dürfte es sich hierbei jedoch um eine Schutzbehauptung sozialdemokratischer, bürgerlicher und administrativer Kreise handeln. In der Literatur waren bisher nur wenige Beispiele zu finden, in denen durch das Verhalten von KPD-Abgeordneten die Durchsetzung nicht so weit gehender sozialdemokratischer Anträge verhindert worden ist. Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, die von der KPD gestellten Anträge seien allein zum Zwecke ihrer Ablehnung gestellt worden, ist falsch.

### ***Zusammenstellung der vom Oldenburger Erwerbslosenausschuß an den Stadtrat gerichteten Anträge und Forderungen in den Jahren 1928-1932***

*(Nach Aktenbeständen des Nieders. Staatsarchivs Oldenburg)*

#### **I. Arbeit**

Städtische Arbeitsbeschaffung, Bewilligung außerordentlicher Haushaltsmittel, angemessene Tariflöhne. Abschaffung von Zwangskursen, Pflichtarbeit und Arbeitsdienst.

Ausdehnung der Arbeitszeit bei Notstandsarbeiten auf eine Arbeitswoche (statt 3 Tage), um einen ausreichenden Lohn zu ermöglichen.

#### **II. Barunterstützung**

Erhöhung der Unterstützungssätze (1928); um 50% für alle Wohlfahrtsempfänger, um 100% für alle Ausgesteuerten (1931); zusätzliche kommunale Unterstützungsleistungen an alle Erwerbslosenunterstützungsempfänger (1931); einheitlicher Unterstützungssatz für Erwerbslosenversicherung, Wohlfahrtserwerbslose, Sozial- und Kleinrentner (1931); Rücknahme der Kürzungen (1932).

Einmalige Beihilfen zu Weihnachten (ein Erfolg der Erwerbslosenpolitik ab 1925); für den Winter.

Preisherabsetzung für Gas, Licht, Wasser (1928); Übernahme dieser Kosten durch die Stadt (ab 1930).

Mietzuschüsse (1928), Mietübernahme (ab 1930) für alle Ausgesteuerten.

Krankenversicherung, freie Arztwahl.

#### **III. Sachleistungen**

Brennstoff

Kartoffeln

Bekleidung

Zusätzliche Nahrungsmittel für Kinder

Schulmilch und Lernmittel für die Kinder von Erwerbslosen.

Ablehnung jedes Versuches, eine Naturalunterstützung einzuführen, weil sich dadurch die Not der kleinen Geschäftsleute vergrößere (1931)

Wärmehallen (1928); witterungsgeschützter Warteraum beim Arbeitsamt (1931); (bewachte) Fahrradstände; Gesunde Aufenthaltsräume.

#### **IV. Kontrolle/Repression**

Schnelle Abfertigung beim Wohlfahrtsamt (ab 1931)

Aufhebung der Stempelkontrolle für Wohlfahrtserwerbslose

Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung.

Abzug der Polizei vom Arbeitsamt (1931)

#### **V. Arbeit des Erwerbslosenausschusses (EA)**

Anerkennung des EA als Vertretung der Erwerbslosen (1930)

Herausgabe einer monatlichen Statistik über die Zahl der Wohlfahrtsempfänger (1930).

Freigabe des Flugblatt-, Literatur- und Zeitungsvertriebes für den EA am Arbeitsamt (1931).

#### **VI. Sonstiges**

Zur Finanzierung: Kürzung der hohen Gehälter auf 5000 Mark, Heranziehung der großen Vermögen, Steueraufschlag für Luxusrestaurants und Automobile (1931).

Keine Exmittierungen wegen Mietrückständen (1932)

#### **Forderungen an den Landtag (1931)**

Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, voller Lohnausgleich.

Erhöhung der niedrigen Löhne auf das Existenzminimum.

Verhinderung von Betriebsstillegungen.

Keine Einführung von Zwangsarbeit, Pflichtarbeit, Arbeitsdienstpflicht.

Bei Notstandsarbeiten u.ä. 40-Stundenwoche und angemessener Tariflohn (den Arbeiten angemessen, nicht die niedrigste Stufe des Bauarbeitertarifs - HK).

Gesundheitlich einwandfreie Unterkünfte für auswärts untergebrachte Notstandsarbeiter

Wohnungsbauprogramm des Landes gegen die Wohnungsnot

Barbeihilfe des Landes an alle Erwerbslosen

Durchgreifende Besteuerung der großen Vermögen, Gehaltsabbau auf 6000 RM.

Diese Forderungen widersprechen in mehrfacher Hinsicht dem "Agitationsvorwurf": Einige von ihnen, z.B. Wärmehallen, Schulmilch, waren vom Stadtrat in vorhergehenden Wintern bewilligt, z.T. von sich aus ergriffen worden, so daß die KPD lediglich ihre Wiedereinführung forderte. Andere waren lediglich auf Verallgemeinerung auf alle Erwerbslosen angelegt. Schließlich: Die Forderung nach einer monatlichen statistischen Veröffentlichung bezog sich auf die ab August 1930 vom Reich eingeführte "Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen", die die Grundlage für die Reichszuschüsse an die Kommunen bilden sollte, die aber über ein Jahr lang nicht veröffentlicht wurde.

Offenbar waren die Kräfteverhältnisse, die politischen Konstellationen und Orientierungen wie die ökonomischen Krisenstrategien derart, daß von diesen Forderungen wenig durchgesetzt werden konnte. Aus der amtlichen Prüfung der Oldenburger Anträge geht hervor, daß z.T. die ablehnende Haltung grundsätzlichen Überlegungen entsprang: dem EA sollte nicht eine offizielle Legitimation als Interessenvertretung der Erwerbslosen verschafft werden, seine Anträge wurden abgelehnt, um keine



"Präzedenzfälle" zu schaffen - und in angemessenem zeitlichen Abstand amtlicherseits partiell durchgeführt (z.B. Schulmilch).

Kennzeichnend für die KPD-Erwerbslosenpolitik ist vor diesem Hintergrund weniger der Charakter der Forderungen, die für bzw. von (KPD-)Erwerbslosen gestellt wurden, sondern daß die KPD seit 1928 verstärkt auf die außerparlamentarische Organisation der Erwerbslosen setzte. Nur über die massenhafte Organisation von Erwerbslosen, die in "Hungermärschen" und -revolten einerseits, im Kampf für den Kommunismus andererseits ihre Pole hatte, wäre die eigene Lage zu verbessern - wobei eigene Lage immer auch gemeint war als: die Lage der Klasse. Die kommunistische Erwerbslosenpolitik 1928-1933 stellte sich selbst vor die Aufgabe, durch eine langfristige, kontinuierliche, massenhafte Organisation von Erwerbslosen bei langanhaltender Massenarbeitslosigkeit und absoluter Verelendung von Millionen bis weit unter Existenzminimum durch organisierten politischen Kampf eine tagespolitische und grundsätzliche Verbesserung der Arbeitslosen-Verhältnisse zu erreichen. Dieser Versuch ist gescheitert. Immerhin war die KPD aber die politische Partei, die erstens diesen Versuch konsequent unternahm und die zweitens dabei auch am erfolgreichsten war, vor allem zu Beginn der Krise 1929/30. Im Laufe der Monate versagt jedoch zunehmend jede politische Orientierung, die eine langfristige Perspektive zur Durchsetzung der Forderungen beinhaltet (politische Arbeit, Agitation, Parllamente, Organisation, Mobilisierung "von oben"), weil die alltäglichen Erfordernisse der Beschaffung des täglichen Essens wie die psychische Demoralisierung demgegenüber überhand nehmen.

Die KPD bemerkte diese Entwicklung sehr wohl, und versuchte darauf zu reagieren, in dem sie immer stärker die außerparlamentarische und direkte (Beschaffungs-)Aktion in den Vordergrund rückte. Hinsichtlich dieser Versuche können drei Stadien unterschieden werden.

#### 1.1928-1931:

Die EAs werden zunehmend unter Ausschluß bzw. ohne Beteiligung von SPD und ADGB gebildet. Die in ihnen arbeitenden KPDLer sind organisatorisch der RGO zugeordnet, was ausdrücken und gewährleisten soll, daß es vornehmlich auf den Zusammenhang mit den betrieblichen Kämpfen ankommt, wobei Erwerbslosen oftmals nicht mehr als die Rolle organisatorischer Unterstützer zukommt. Für diese Phase gilt der Satz: "Mit den Erwerbslosen allein kann die Revolution nicht gemacht werden."

Gleichzeitig gelingt es in dieser Zeit, die größten Demonstrationen und Aktionen von Erwerbslosen während der gesamten Krisenjahre durchzuführen.

Allmählich bildet sich eine Parallelität in der Bedeutung von Betrieb und Stempelstelle/Wohnviertel als Organisationsort heraus. In Betriebskämpfen soll immer häufiger die Situation der Erwerbslosen berücksichtigt werden, womit die KPD auf die Dauer und die Tiefe der Krise zu reagieren versucht. Anfang 1931 wird offiziell die "Eroberung der unzähligen Erwerbslosenmassen" als die "direkte Voraussetzung für den Sieg des Proletariats" bezeichnet.

#### 2. 1931-1932

"Von der Agitation zur Massenaktion". W.Ulbricht erklärt im August 1931 auf dem RGI-Kongreß praktisch das Scheitern der bisherigen Erwerbslosenpolitik. Als Konsequenz werden die EAs aus der organisatorischen Unterordnung unter die RGO herausgenommen, sie sollen selbständigen und (sozial, weniger politisch) repräsentativen Charakter bekommen. Schwerpunkt bildet nun die möglichst umfassende Einbeziehung der Erwerbslosen auf der Stempelstelle, im Viertel usw. Der Kampf um die täglichen Interessen der Erwerbslosen wird stärker in den Vordergrund gerückt, gleichzeitig der politische Charakter dieser "wirtschaftlichen" Kämpfe betont.

#### 3. Ende 1932:

Auf der Parteikonferenz im Oktober 1932 bezeichnet Thälmann die Erwerbslosenarbeit als "unsere größte Schwäche", obwohl "objektiv die allergünstigsten Voraussetzungen" gegeben seien (Mitte Dezember wird auf der Bezirks-EA-Sitzung Nordwest festgestellt, daß im Bezirk Nordwest von einer Erwerbslosenbewegung nicht mehr gesprochen werden könne.) Thälmann stellt die außerparlamentari-

sche Verwirklichung der parlamentarischen Forderungen in den Mittelpunkt der Forderungen. Belieferung der Erwerbslosen mit Brot, Direkthilfen, Erzwingung der Herausgabe von Lebensmitteln aus den Lagern: den Hungermärschen der vorherigen Jahre wird jetzt ein konkretes, praktische Ziel zu geben versucht.

Horst Kahrs, Oldenburg Herbst 1986/März 1989